

# Gewerkschaft fordert 4,65 Prozent plus 1

Mit einer kräftigen Forderung hat sich die Beamtengewerkschaft bei der ersten Lohnrunde mit der Regierung eingestellt. Die öffentlich Bediensteten verlangen ein Plus von 4,65 Prozent.

Das entspricht der so genannten "Benya-Formel", die sich aus einer vollen Abgeltung der Inflation und der Hälfte vom Wirtschaftswachstum zusammensetzt.

Die die beiden Regierungsverhandlerinnen, Finanzministerin Maria Fekter (V) und Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (S) auf diese Forderung reagieren, war vorerst nicht bekannt. Ein Gegenangebot wurde von ihnen in der heutigen Verhandlungsrunde nicht genannt.

Eine Erfüllung des Beamtenwunsches gilt freilich als äußerst unwahrscheinlich. Heinisch-Hosek hatte sich im Vorfeld bereits verschnupft gezeigt, als Gewerkschaftschef Fritz Neugebauer gemeint hatte, ein Zweier vor dem Komma sei "eigentlich nicht diskutabel".

GÖD-Vorsitzender Fritz Neugebauer bezeichnete gegenüber Journalisten die Forderung nach einem Gehaltsplus von 4,65 Prozent als "mit der Benya-Formel sehr gut begründet".

Zur Tatsache, dass dies rund eine halbe Milliarde kosten würde, stellte er fest, dass das Geld aus dem Budget kommen müsse. Der Öffentliche Dienst sei nicht für die Staatsschulden verantwortlich und habe auch schon eingespart, etwa beim Personal. Deshalb sei es nur recht und billig, "dass die Kollegen nach zwei moderaten Runden nun zu ihrem wohlverdienten Geld kommen".

Streit gibt es auch um einen Termin für die Fortsetzung der Verhandlungen. Neugebauer versteht es nicht, dass mit den beiden Ministerinnen Gabriele Heinisch-Hosek (S) und Maria Fekter (V) innerhalb der nächsten vier Tage kein Termin möglich gewesen sei. Das stimme ihn einigermaßen nachdenklich. Angeboten bekommen habe man einen Termin erst in 14 Tagen. Heinisch-Hosek betonte, dass ein rascheres Treffen wegen Auslandsreisen von ihr und Fekter nicht möglich sei.